

Mitgliederversammlung GRÜNE Baselland, Sonntag, 11. Januar 2026, 14:30-16:30 Uhr
GundeliDräff, Solothurnerstrasse 39, 4053 Basel

Parteipräsident Michael Durrer ist krankheitsbedingt abwesend.

1. Begrüssung & Jahresausblick 2026

Stephan Ackermann begrüsst die Mitglieder

2. Protokoll vom 26. September 2025 & Wahl Stimmzähler*in

Das Protokoll wird genehmigt. Katharina Bruno wird als Stimmzählerin gewählt.

3. Parolen für die Abstimmung vom 08. März 2026

a) *National*

Klimafonds: Volksinitiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt»

Stephan Ackermann stellt die Vorlage und ihre Ziele vor.

- Investitionsfonds mit 0.5-1% des BIP/Jahr: 3.9 – 7.7 Milliarden Franken
 - Bekämpfung der Klimaerhitzung und deren Folgen mit Massnahmen:
 - Dekarbonisierung Verkehr, Gebäude und Wirtschaft
 - Energiewende & Biodiversitätsförderung
 - Ausbildungssoffensive
 - Sozialgerechte Finanzierung und Umsetzung der Massnahmen
- Gegenargumente Bundesrat/ Ständerat/ NR
- Nettonull Ziel 2050 bereits gesetzt – heutige Massnahmen genügen
 - CO2-Gesetz, Klima- und Innovationsgesetz, Energiegesetz
 - Heute schon 200 Milliarden (+ 600 Millionen für Biodiversität)
 - Finanzierung aus öffentlichen Geldern schwächt Verursacherprinzip
 - Angespannte Finanzlage

MV-Beschluss: einstimmig JA

SRG-Halbierungsinitiative: Volksinitiative «200 Franken sind genug!»

Tobias Fankhauser stellt die Vorlage und ihre Ziele vor.

- Fake News breiten sich aus – die SRG schützt vor Desinformation
- Stellen werden gestrichen – eine halbierte SRG müsste noch radikaler abbauen
- Medienkonzentration – unabhängiger Journalismus unter Druck
- Angriffe auf ÖRR weltweit – diese sind unabhängig von Klickzahlen und Besitzern
- Zugang zu unabhängiger Information ist völkerrechtliches Grundrecht
- 4-sprachige Schweiz: Vielfalt akut gefährdet – das wäre verheerend.
- «Schweizer Bevölkerung bezahlt weltweit höchste Gebühren» - stimmt so nicht (siehe Österreich)

MV-Beschluss: einstimmig NEIN

Individualbesteuerung: Bundesgesetz vom 20.6.2025 über Individualbesteuerung

Florence Brenzikofer stellt die Vorlage und ihre Ziele vor.

- Der lange Weg bis zu Vorlage beginnt mit dem Frauenstimmrecht 1971
- 2022 Steuergerechtigkeits-Initiative (FDP-Frauen), Unterstützer*innen aus allen Parteien (bei GRÜNEN Matthias Zopfi im Initiativ-Komitee)
- Gegenentwurf Parlament (9 Kantonsreferenden u.a. Aargau, St. Gallen, Thurgau, Schwyz, Obwalden, beide Appenzell, Wallis. Allianz aus SVP, EDU, EVP, Mitte und Bauernverband)
→ Jetzt Abstimmung
- «zusätzliche Bürokratie» (1.7 Mio. zusätzliche Steuererklärungen) war damals bei Einführung Frauenstimmrecht bereits Gegenargument. Aber grundsätzliche Besteuerung jeder erwerbstätigen Person führt zu Vereinfachung.
- Übergangszeit 6 Jahre: langfristig würden Steuerämter eher ent- als belastet.
- Ehepaare mit nur einem oder mit stark unterschiedlichen Einkommen müssten künftig höhere Steuern bezahlen als Paare mit ähnlichen Einkommen. 50% würden entlastet, für 36% gäbe es keine Änderung, 14% hätten moderate Mehrbelastung – betroffen sind Doppelseinkommen ab 400'000.- pro Jahr
- Jetziges Steuersystem begünstigt Ehen, in denen nur ein Ehegatte seinem Beruf nachgeht. Besonders Frauen verlieren Anreize, am Arbeitsmarkt teilzunehmen.
- Individualbesteuerung wird allen Arten des Zusammenlebens gerecht. Damit würde auch das Steuerrecht endlich die Gleichstellung aller Lebensmodelle vorantreiben!

MV-Beschluss: einstimmig JA

Bargeld-Initiative: Volksinitiative «Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen oder Banknoten (Bargeld ist Freiheit)» und Gegenentwurf Bundesbeschluss über die schweizerische Währung und die Bargeldversorgung.

Gian Hübscher stellt die Vorlage und ihre Ziele vor.

- Gegenvorschlag übernimmt die zwei zentralen Anliegen der Initiative
- Die Währung (Franken) wird explizit in der Bundesverfassung verankert
- Mit dem Gegenentwurf gibt es faktische keine Änderungen für Bund und Wirtschaft
- Währung ist bereits in Verfassung, aber Grundversorgung mit Bargeld nicht.
- Initiativ-Komitee: Freiheitstrychler, SVP, rechtsnationalistische Kreise

MV-Beschluss: Initiative NEIN (1 Enthaltung); Gegenentwurf: 23 JA; 4 NEIN (2 Enthaltungen)

b) Kantonal

Solar-Initiative: Formuliert Gesetzesinitiative «Potential nutzen – Versorgung sichern: Für eine vorausschauende Energiepolitik im Baselbiet» vom 29.4.2024

Stephan Ackermann stellt die Vorlage und ihre Ziele vor.

- Lanciert von der SP BL: Solarpflicht bei Neubauten; Ausnahmen, Förderungen und Investitionshilfen vorgesehen
- Einführung Solardachpflicht, um Solar-Potenzial zu nutzen
- Beitrag zu Klimaschutz, Versorgungssicherheit und regionaler Energieproduktion
- Industrie, Gewerbe & öffentliche Gebäude nachrüsten bis 2035

MV: einstimmig JA

Tempo-30-Initiative: Formulierte Gesetzesinitiative «Tempo 30 auf Hauptstrassen – nur mit Zustimmung des Volkes» vom 10.8.2023 mit Gegenvorschlag des LR vom 11.9.2025

Stephan Ackermann stellt die Vorlage und ihre Ziele vor.

- Abstimmung über Initiative & Gegenvorschlag
- JSK hat Gegenvorschlag gemacht, neben Kantonstrassen auch Gemeindestrassen (Gemeindeversammlung/Einwohnerrat entscheidet, ob Tempo 30 beantragt wird)
- Lärmindernde Beläge kommen jetzt schon immer vor Tempo 30, haben auch schon längere Lebensdauer. Diese Argumentation nicht betonen.
- Lärmschutzwände können nicht durchgehend gebaut werden
- Wände und Fenster sind gute Begleitmassnahme
- Hauptargument: wir sollten als Kantonsbevölkerung der Gemeindebevölkerung nicht reinreden – Eingriff in Gemeindeebene wird sonst immer moniert.

MV-Beschluss: Initiative & Direkter Gegenentwurf 2x einstimmig NEIN

Verfassungsänderung Kreislauf-Wirtschaft

Dominique Zbinden stellt die Vorlage und ihre Ziele vor.

- Parlamentarische Initiative von Klaus Kirchmayr
- Neue Deponien schwierig zu gründen, niemand will sie in seiner Nachbarschaft
- Heutiger Standard soll in Verfassung abgebildet sein: Kreislaufwirtschaft vs. Regenerative Wirtschaft, für konkrete Umsetzung bräuchte es Gesetzesgrundlage.
- Massnahmen kantonal um Abfall zu mindern: z.B. Lenkungsabgaben
- die besonderes giftigen Teile der Abfälle werden nicht in der Schweiz deponiert, sondern in Deutschland

MV-Beschluss: 28 JA, 1 Nein

Prämien-Initiative: Formulierte Gesetzesinitiative «Vollumfänglicher Steuerabzug der selbstgetragenen Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (Prämienabzug für alle)» vom 15.8.2024 mit Gegenvorschlag des Landrats vom 11.9.2025

Marco Agostini stellt die Vorlage und ihre Ziele vor.

- SVP-Initiative fordert vollen Steuerabzug der selbstbezahlten Krankenkassenprämien, zur Entlastung des Mittelstands
- Problem: Kanton & Gemeinden verlieren über 100 Mio. Franken pro Jahr, entlastet auch Wohlhabendere (Giesskannenprinzip statt gezielte Unterstützung)
- Keine Senkung der Gesundheitskosten, Kostenverschiebung ins Steuerbudget
- Auch moderater Gegenvorschlag der Regierung entlastet Höherverdienende
- Ziel müsste Senkung der Gesundheitskosten & Steuerreform für Mittelstand sein
- LR lehnte Initiative & Gegenvorschlag ab

MV-Beschluss: Initiative & Gegenvorschlag einstimmig NEIN

Transparenz- und Mitwirkungsinitiative: Formulierte Verfassungsinitiative

Stephan Ackermann stellt die Vorlage und ihre Ziele vor.

- Initiative der Wirtschaftsammer

- «Stärkung der Rechtsstaatlichkeit»: Die Rechtsstaatlichkeit ist bereits durch konkrete Normenkontrolle und das Bundesgericht gesichert; ein zusätzliches kantonales Verfahren schafft eher Doppelspurigkeiten als echten Mehrwert.
- «Frühzeitige Klärung»: Viele Rechtsfragen stellen sich erst im konkreten Anwendungsfall, sodass eine abstrakte Prüfung im Voraus häufig theoretisch bleibt und unnötig Ressourcen bindet.
- «Mehr Mitwirkung»: Die vorgeschlagene «Mitwirkung» privilegiert einzelne Landrät:innen und Organisationen gegenüber der übrigen Bevölkerung und verschiebt politische Auseinandersetzungen in den Gerichtssaal.
- «Transparenz»: Transparenz entsteht schon heute über öffentliche Beratung, Vernehmlassung und Referendum; eine zusätzliche Publikation von Beschwerden bringt wenig, macht Verfahren aber komplexer.
- «Effizienz»: Ein beschleunigtes Verfahren mit vielen Beteiligten ist realistisch eher langsamer und unübersichtlicher und kann das Gericht organisatorisch überfordern.

MV-Beschluss: einstimmig NEIN

4. Varia

Janice Günther stellt die Kampagne zur Klimafonds-Initiative vor.

5. Termine

22.01.26, 18-20	Treffen GRÜNE FRAUEN* BL
31.01.26	Delegiertenversammlung GPS, Chur
07.02.26, 9:30-13	LR-Wahlvorbereitungstreffen, Seki Basel
08.03.26	Abstimmungssonntag
21.03.26	DV GPS Liestal
17.04.26, 18:30	Jahres-MV GRÜNE Baselland

AB 17 UHR NEUJAHRSAPÉRO MIT GRÜNE BS & jgb